

Netanjahu hat Recht mit seiner Einschätzung des „tiefen Staates“ Israels

Tobin, JNS

Wie der „Widerstand“ gegen Trump führt auch das liberale Establishment des Landes einen Krieg gegen den Premierminister, um an der Macht zu bleiben, und nicht, um die Demokratie zu retten.

Für liberale und linke Kritiker der israelischen Regierung war dies nur das jüngste Beispiel für die Bemühungen von Premierminister Benjamin Netanjahu, dem gleichen Schema wie Präsident Donald Trump zu folgen. Als Netanjahu kürzlich von den Bemühungen des israelischen „tiefen Staates“ sprach, seine Regierung zu stürzen, ignorierten sowohl Israelis, die bei der letzten Wahl für Netanjahus politische Gegner gestimmt hatten, als auch Demokraten, die die ehemalige Vizepräsidentin Kamala Harris unterstützten, alles Weitere. Ihrer Ansicht nach ist die Rede vom „tiefen Staat“ in beiden Ländern lediglich eine rechtsgerichtete Verschwörungstheorie, Teil des Versuchs beider Staatschefs, die Demokratie zu stürzen oder ernsthaft zu untergraben.

Diese Ansicht vertreten auch die meisten Experten über die Entlassung des Chefs des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet und des Generalstaatsanwalts durch den Premierminister, der den Krieg gegen die Hamas ungehindert fortsetzen will. Netanjahus Behauptungen, eine Armee von Bürokraten – unterstützt von Eliten aus Wirtschaft, Justiz, Medien, Wissenschaft und Kultur – versuche, seine Regierung zu sabotieren, seien ein Hirngespinnst, behaupten sie.

Wenn das nur wahr wäre.

Würde Netanjahu über die Existenz eines „tiefen Staates“ lügen und lediglich, wie seine Gegner behaupten, an die Macht streben, wäre das natürlich schlimm. Doch selbst wenn sie ihn für einen Mächtigen-Autoritären hielten, hieße das, dass Israels Freunde beruhigt sein könnten, da sie wüssten, dass die Regierungsstruktur des Landes nicht grundsätzlich korrupt ist.

Sie könnten Vertrauen in das Rechtssystem des Landes haben und sich dann entspannt zurücklehnen und das Drama beobachten, das sich seit Netanjahus Sieg bei den Knessetwahlen im November 2022 abspielt. Sie könnten glauben, dass die Demokratie letztlich durch Israels allmächtigen Obersten Gerichtshof gerettet werden würde, der stets darauf zählen kann, dass er so ziemlich alles, was er versucht, zunichtemacht.

Wenn nur.

Das Problem ist, dass Netanjahu nicht lügt. Der israelische „tiefe Staat“ ist nur allzu real, und die Bemühungen seiner Agenten und ihrer liberalen Elite-Anhänger, an der Macht festzuhalten, die sie seit den Anfängen des Staates innehatten, haben, wie er sagte, dazu beigetragen, jeden Premierminister, der von rechts kam, zu sabotieren.

Ein Justizputsch

Die wirklich schlechte Nachricht für Israel ist, dass Netanjahu im Gegensatz zu Trump, dessen verfassungsmäßige Vollmachten ihm gemäß Artikel 2 die Möglichkeit und das Recht geben, umfassende Änderungen in der Bundesbürokratie vorzunehmen, die den amerikanischen „tiefen Staat“ aus der Macht fegen könnten, über solche Vollmachten nicht

verfügt. Sollte Israels Oberster Gerichtshof dreist genug sein, einen Justizputsch durchzuführen, könnte er Netanjahu nicht nur daran hindern, den Plan der Regierung umzusetzen, sowohl den Schin-Bet-Chef als auch den Generalstaatsanwalt zu entlassen, sondern auch an allen anderen Maßnahmen, einschließlich der Ergreifung notwendiger Maßnahmen zur Bekämpfung der Hamas.

Dies könnte, ebenso wie das schamlose Urteil des Gerichts, das eine Maßnahme der Knesset für ungültig erklärte, die selbst minimale Reformbemühungen einer außer Kontrolle geratenen Justiz erzwungen hätte, eine Verfassungskrise auslösen. Diese kann nur durch eine Entscheidung der demokratisch gewählten Regierung des Landes vermieden werden, sich den entschieden undemokratisch regierenden Justizbehörden des Landes zu unterwerfen.

Es ist wichtig, die amerikanischen Beobachter dieses politischen Aufruhrs in Israel daran zu erinnern, dass es entgegen den unredlichen Behauptungen von Netanjahus Gegnern nicht darum geht, die gleiche Art von Kontrolle und Ausgleich zwischen den einzelnen Gewalten zu verteidigen, die die US-Verfassung zu einem Meisterwerk gemacht hat, das die amerikanische Republik in den letzten 237 Jahren bewahrt hat.

Wie einige andere parlamentarische Demokratien verfügt Israel über keine geschriebene Verfassung. In Großbritannien wurde dieses Problem durch die natürliche Entwicklung des demokratischen Systems über mehrere Jahrhunderte hinweg überwunden, da historisch verwurzelte Traditionen dazu beitrugen, die Macht der Regierung einzuschränken. Doch selbst dort gefährden die jüngsten Gesetzesänderungen linker Labour-Regierungen möglicherweise die Freiheiten und die Gleichheit vor dem Gesetz .

Doch Israels Rechtsprobleme rühren von einer juristischen Revolution her, die in den letzten 30 Jahren unter der Ägide des ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Aharon Barak, begann. Er maßte sich an, der Justiz nahezu unbegrenzte Machtbefugnisse zu verleihen, um praktisch jede Maßnahme der israelischen Regierung aufzuheben.

Anstatt ein stabiles System der gegenseitigen Kontrolle zu verteidigen, schuf Barak mit seiner juristischen Revolution ein System, in dem es keinerlei Kontrolle über die Gerichte gibt und deren ständige liberale Mehrheit die Möglichkeit hat, sich über Regierungsentscheidungen hinwegzusetzen.

Verstärkt wird dieser Eindruck noch durch den Würgegriff, den die Eliten des Landes seit langem auf die wichtigsten Institutionen ausüben. Ihre Mitglieder stammen überwiegend aus linksgerichteten, säkularen aschkenasischen Juden. Dies ermöglichte ihnen eine permanente und undemokratische Kontrolle des Wählerwillens.

Das ist ein Problem, weil die Wählerschaft zunehmend aus rechtsgerichteten traditionellen und religiösen Juden sowie aus Mizrahim besteht, die derzeit etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachen.

Das Urteil der Demokratie

Netanjahus Wahlsieg im Jahr 2022 spiegelte diesen Trend wider, da er Israel die erste Regierung bescherte, die ausschließlich aus rechten und religiösen Vertretern bestand, die über eine klare Mehrheit in der Knesset verfügten.

Das liberale und nicht-religiöse Establishment war davon schockiert. Es war nicht nur verärgert darüber, dass es Netanjahus Rückkehr ins Amt nach 18 Monaten einer ineffektiven „Jeder-außer-Bibi“-Regierung nicht verhindern konnte. Es befürchtete auch, dass die Linke angesichts der demografischen Entwicklung in absehbarer Zukunft an den Wahlen nicht wieder die Oberhand gewinnen könnte.

Netanjahus neue Regierung versuchte daraufhin, Änderungen durchzusetzen, die die Macht der Gerichte relativ milde einschränkten.

Ein solcher Wandel hätte das Gleichgewicht in einem System wiederhergestellt, das immer mehr einer Juristokratie ähnelte. Doch die Linke betrachtete ihn zu Recht als Bedrohung für den letzten Rest ihrer einst unangefochtenen Macht.

Chaos folgte, als der Anti-Netanjahu-„Widerstand“ auf die Straße ging, um jegliche Veränderung zu verhindern. Obwohl dies der Welt als Versuch zur Rettung der Demokratie präsentiert wurde, war das Gegenteil der Fall. Das Ziel der Demonstranten war es, demokratisch gewählte Regierungen, mit denen sie nicht einverstanden waren, an der Macht zu hindern.

Die 2023 aufkommende Protestbewegung legte das Land beinahe lahm. Und indem sie einen Aufstand unter den Reservisten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, insbesondere der Luftwaffe und anderer technischer Funktionen im Militär, auslöste, erweckte sie bei Israels Feinden den Eindruck, das Land sei zu schwach und gespalten, um sich selbst zu verteidigen. Die Linke gibt weiterhin Netanjahu die Schuld für diese gefährliche Entwicklung, nicht sich selbst. Doch sie stoppte nicht nur die Justizreform, sondern bereitete auch den Boden für das Massaker vom 7. Oktober und den darauf folgenden Krieg.

Überlassen Sie Netanjahu die Führung

Dennoch greift der tiefe Staat Israels die Regierung weiterhin an und untergräbt ihre Handlungsfähigkeit.

Die Berechtigung von Netanjahus Entscheidung, den Chef des Schin Bet zu entlassen, lässt sich diskutieren. Doch die Vorstellung, dass ein Regierungschef, der kein Vertrauen zu einem seiner Geheimdienstchefs hat (insbesondere zu einem, der, wie man betonen sollte, zu den Hauptverantwortlichen für das Debakel vom 7. Oktober gehört), ihn nicht durch jemanden seines Vertrauens ersetzen kann, ist, wie die Straßenproteste von 2023, nichts weiter als ein kaum verhüllter Versuch, den Premierminister mit undemokratischen Mitteln zu stürzen.

Dasselbe gilt für eine Generalstaatsanwältin, die offenbar glaubt, ihr nicht gewählter Posten gebe ihr das Recht, Netanjahu bei Maßnahmen zu behindern, wie etwa bei der Wahl eines Chefs des Schin Bet, über die sie keine Autorität besitzt.

Gleichzeitig kämpft Netanjahu vor Gericht immer noch gegen eine Reihe zweifelhafter Korruptionsvorwürfe. Diese sind, wie die ebenso fadenscheinigen Klagen der Demokraten gegen Trump, die ihn in den Bankrott treiben und ins Gefängnis bringen sollten, nichts weiter als ein skrupelloses Verfahren im Stil einer Bananenrepublik.

Das überzeugendste Argument gegen Netanjahu lautet, er tue falsch, wenn er in Kriegszeiten etwas unternimmt, was das Land spalten könnte. Doch diese Behauptung

zerfällt, wenn man bedenkt, dass der Chef des Schin Bet, wie der Rest des „tiefen Staates“, möglicherweise mehr als nur Netanjahu stürzen will. Sie möchten ihn vielleicht auch daran hindern, den Krieg gegen die Hamas zu gewinnen, anstatt einem Abkommen zuzustimmen, das den Terroristen den Machterhalt in Gaza sichern würde, da dies ihren Vorstellungen vom Konflikt entspricht. Wenn Netanjahu Israel im Kriegsfall effektiv führen soll, verdient er Untergebene, die seine Vision teilen, und keine Gegner, die ihn behindern wollen.

Einige der Beschwerden der Linken sind berechtigt

Die Macht des Haredi-Sektors, der mit jeder Wahl wächst, da seine Zahl stärker zunimmt als die der säkularen Juden, steht in krassem Gegensatz zu ihrer Weigerung, Militärdienst zu leisten und das Land zu verteidigen. Die Tatsache, dass ein großer Anteil der Haredi-Männer keinen nennenswerten Beitrag zur Wirtschaft leistet und nicht einmal seine eigenen Familien unterstützt, ärgert die Mehrheit der Israelis.

Natürlich würde die Macht der Haredim eingeschränkt, wenn einige Oppositionsparteien einer Zusammenarbeit mit Netanjahu zustimmen würden. Doch sie sind so verbittert über ihn – und nach mehr als drei Jahrzehnten als führende Persönlichkeit der israelischen Politik, davon 17 Jahre als Premierminister, hat er unzählige Feinde –, dass sie eine Zusammenarbeit mit ihm ablehnen.

Gaslighting-Demokratie

Doch selbst wenn man der Ansicht ist, der Einfluss der Ultraorthodoxen müsse drastisch reduziert werden, führt der demokratische Weg dahin über die Wahlurne. Netanjahus Machterhalt liegt nicht an autoritären Tendenzen, sondern an seiner Fähigkeit, Wahlen zu gewinnen. Die Kritiker des Premierministers behaupten, ein System, das Ergebnisse hervorbringt, die ihnen missfallen, sei nicht wirklich demokratisch, ist nicht absurd, sondern vielmehr eine Form von Gaslighting.

Auch die amerikanische Politik wird zunehmend von Klasse, Bildung und Einkommensniveau bestimmt. Die Demokraten sind – sehr zu ihrem Nachteil – zur Partei der gebildeten Eliten und der Superreichen geworden, während Trump und die Republikaner – sehr zu ihrem Vorteil – ihre Unterstützung nun vor allem aus der Arbeiterklasse beziehen, also aus denjenigen, die keinen Hochschulabschluss haben und/oder weniger als 100.000 Dollar im Jahr verdienen.

Trumps Bemühungen, die Macht der Bundesbürokratie zu beschneiden, sind ein Versuch, die Situation zu ändern, in der ihre linksgerichteten Apparatschiks nun eine nicht gewählte und unverantwortliche vierte Gewalt der Regierung bilden. Es bleibt abzuwarten, wie erfolgreich er dabei sein wird, sie zurechtzustutzen. Dasselbe gilt für seine dringend notwendige Kampagne zur Streichung der Mittel für Hochschulen, die von „Woke“-Ideologen vereinnahmt wurden. Diese haben mit ihrem heimtückischen Einfluss unter anderem den Anstieg des Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 befeuert.

Doch jeder Versuch, die beiden Länder zu vergleichen, scheitert unweigerlich. Jedes Land mag seine eigene Version des „tiefen Staates“ haben, doch Israels politische Spaltung ist das Ergebnis seiner einzigartigen jüdischen Demografie.

Dennoch sollten amerikanische Israelfreunde die Behauptungen des israelischen Establishments und seiner Verbündeten in den US-Medien, Netanjahu gefährde die

Demokratie, nicht reflexartig akzeptieren. Wie Trump regiert er ein Land, in dem ihn etwa die Hälfte der Wähler hasst und immer für seine Rivalen stimmen wird, egal was er tut.

Die Existenz eines „tiefen Staates“ in Israel ist, wie in den Vereinigten Staaten, nicht wirklich diskutabel.

Wahlen verleihen Legitimität

Der feste Griff derer, die in der israelischen Bürokratie und den Institutionen, die viele ihrer Institutionen leiten, fest verankert sind, ist nicht dasselbe wie demokratische Legitimität. Ihre liberalen Ansichten und ihre Verachtung für die Mizrahi und die religiöse Mehrheit geben ihnen nicht das Recht, die Regierung, die das Land bei den letzten Wahlen ins Amt gewählt hat, effektiv zu lähmen.

Israels Wähler werden voraussichtlich bis Ende 2026, wenn die Legislaturperiode der Knesset endet, die Möglichkeit haben, eine neue Regierung zu wählen. Angesichts des 7. Oktober und Netanjahus langer Amtszeit gibt es gute Gründe für einen Wechsel an der Spitze. Doch niemand sollte die Chancen unterschätzen, dass er im Falle einer erneuten Kandidatur eine weitere Amtszeit gewinnen könnte.

Bis dahin sollte der Premierminister die Möglichkeit erhalten, zu regieren und das Land hoffentlich zu einem Sieg zu führen, der die Bedrohung durch die Hamas und ihre iranischen Unterstützer endgültig beendet. Und amerikanische Freunde Israels sollten denjenigen, die ihn daran hindern wollen, weder Unterstützung noch Beistand leisten – unabhängig davon, was sie von ihm oder den Haredim halten.

Quelle:

<https://www.jns.org/netanyahu-is-right-about-israels-deep-state/>